



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Konstituierende Sitzung des Gemeinderates (neugewähltes Gremium) am 23.07.2019

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	18:35 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vortisch, Volker Hans

Schriftführer/in:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Renz, Uwe
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Ordentliche Mitglieder:

Vogel, Roland (entschuldigt)



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 15.07.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 18.07.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Reeb
Gemeinderat Rendes



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Einführung und Verpflichtung der am 26.05.2019 neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte **BV/369/2019**
3. Bildung der Fraktionen **BV/370/2019**
- Benennung der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter/innen
4. Bestellung der Mitglieder der beschließenden Ausschüsse **BV/371/2019**
4.1 Verwaltungs- und Finanzausschuss
4.2 Technik- und Umweltausschuss
4.3 Umlegungsausschuss
5. Bildung des Ältestenrates **BV/372/2019**
6. Benennung der Mitglieder für den Beirat für geheimzuhaltende Angelegenheiten **BV/373/2019**
7. Wahl von Stellvertreter/innen der Bürgermeisterin **BV/374/2019**
8. Wahl der ehrenamtlichen Ortsvorsteher/innen und der Ortsvorsteher-Stellvertreter **BV/375/2019**
- Berghausen
- Kleinsteinbach
- Söllingen
- Wöschbach
9. Ernennung der neugewählten Ortsvorsteher/innen und Ortsvorsteher-Stellvertreter durch die Bürgermeisterin **BV/376/2019**
10. Bürgermeisterwahl 2019 **BV/286/2019**
- Stellenausschreibung
- Festsetzung des Endes der Einreichungsfrist(en)
- Durchführung von Bewerbervorstellungen
11. Investitionszuschuss Einsatzfahrzeug DRK Söllingen -Beratung und Beschluss- **BV/366/2019**
12. Herstellung einer geordneten Außengebietsentwässerung im Bereich Bildungszentrum/Sportplätze Berghausen **BV/365/2019**
Neuprofilierung des Horster Grabens (Erdprofil) zwischen K 3541 und Einlauf in die Verdolung
13. Klimaoffensive Pfinztal **BV/380/2019**
- Antrag der Gemeinderatsfraktionen zur Bekämpfung der Klimakrise eine Klimaoffensive zu starten
14. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/379/2019**
15. Mitteilungen der Bürgermeisterin



-
16. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
 17. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

2. Einführung und Verpflichtung der am 26.05.2019 neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Bürgermeisterin Bodner informiert, vom Landratsamt Karlsruhe sei die Gültigkeit der Gemeinderatswahl vom 25.06.2019 bestätigt worden. Der alte Gemeinderat habe festgestellt, dass bei keinem Gewählten ein Hinderungsgrund zum Eintritt in den Gemeinderat vorliegt. Die neuen Mitglieder des Gemeinderates seien nun gemäß § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung in ihrer ersten Sitzung öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten zu verpflichten. Hierzu habe die Verwaltung die Erklärung vorbereitet, die jedem Gremiumsmitglied vorliege und nach der Verpflichtung unterzeichnet der Verwaltung zu übergeben ist. Sie bittet die Neugewählten sich zu erheben; gemeinsam wird folgendes Gelöbnis gesprochen: „Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass die neugewählten Ratsmitglieder nunmehr offiziell dem Gemeinderat als Entscheidungsorgan der Gemeinde angehören.

3. Bildung der Fraktionen - Benennung der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter/innen

Bürgermeisterin Bodner weist darauf hin, dass sich nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Gemeinderäte zu Fraktionen zusammenschließen können. Sie bittet Herrn Kröner um weitere Erläuterungen.

Herr Kröner teilt mit, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte könnten sich freiwillig zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion müsse einschließlich etwaiger ständiger Gäste aus mindestens zwei Gemeinderäten bestehen. Jede Fraktion habe ihre Gründung, Bezeichnung, Mitglieder, ständige Gäste, die Namen des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden sowie ihre Auflösung der Bürgermeisterin mitzuteilen. Die Verwaltung habe im Vorfeld der Sitzung nach Abfrage die Information erhalten, dass es folgende Fraktionen geben wird: CDU-Fraktion mit Herrn Kirchenbauer als Vorsitzendem und den Gemeinderäten Ringwald, Gutgesell und Schaier als Stellvertretern, der SPD-Fraktion mit Frau Eisenbusch als Vorsitzender und Herrn Reeb und Frau Konstandin als Stellvertretern, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Frau Lüthje-Lenhardt als Vorsitzender und Herrn Rothweiler und Herrn Herb als Stellvertreter, sowie der ULiP-Fraktion mit Herrn Dr. Rahn als Vorsitzendem und Frau Möller als dessen Stellvertreterin. Somit würden lediglich die Gemeinderäte Herr Hruschka und Frau Frensch keiner Fraktion angehören.

Gemeinderätin Rothweiler stellt eine Frage zur Definition einer Zählgemeinschaft, die Herr Kröner beantwortet.

Bürgermeisterin Bodner beendet den Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, dass die Bildung der genannten Fraktionen zur Kenntnis genommen wird.



4. Bestellung der Mitglieder der beschließenden Ausschüsse
4.1 Verwaltungs- und Finanzausschuss
4.2 Technik- und Umweltausschuss
4.3 Umlegungsausschuss

Bürgermeisterin Bodner geht darauf ein, dass gemäß § 4 der Hauptsatzung die drei beschließenden Ausschüsse zu bilden sind. Dies seien der Verwaltungs- und Finanzausschuss, der Bau- und Wirtschaftsausschuss, den man in den Technik- und Umweltausschuss umbenennen möchte, und der Umlegungsausschuss. Jeder dieser Ausschüsse bestehe aus der Bürgermeisterin als Vorsitzender und elf weiteren Mitgliedern des Gemeinderats. Der Verwaltung seien bereits die Vorschläge der Fraktionen zur Besetzung zugeleitet worden

Herr Kröner ergänzt, die Besetzung der beschließenden Ausschüsse habe im Wege der Einigung zu erfolgen. Eine Einigung sei nur mit den Stimmen aller Mitglieder möglich. Dies bedeute, dass alle anwesenden Stimmberechtigten einschließlich der Bürgermeisterin dem Vorschlag zur Ausschussbesetzung zustimmen müssten. Eine Änderung habe sich in der Namensgebung des bisherigen Bau- und Wirtschaftsausschusses ergeben; dieser soll umbenannt werden in Technik- und Umweltausschuss. Die Hauptsatzung habe man diesbezüglich noch zu ändern. Im Wege der Einigung seien als Mitglieder des Verwaltungs- und Finanzausschusses folgende Ratsmitglieder vorgeschlagen: Achim Kirchenbauer, Markus Ringwald, Dr. Roland Vogel, Thomas Gegenheimer, Andreas Hruschka, Dagmar Eisenbusch, Angelika Konstandin, Sonja Rothweiler, Simon Schwarz, Artur Herb und Eva Möller.

Bürgermeisterin Bodner fügt hinzu, die Gremien könnten nach den Regeln der Mehrheitswahl als ganzes gewählt werden. Sie will wissen, ob es weitere Wortmeldungen gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Dem Gremium stellt sie danach folgende **Abstimmungsfrage**:

„Wer stimmt der Besetzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses mit den vorgeschlagenen Mitgliedern zu?“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

Herr Kröner gibt danach die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder des Technik- und Umweltausschusses bekannt. Es sind die Ratsmitglieder Frank Hörter, Markus Rendes, Barbara Schaier, Andreas Gutgesell, Tilo Reeb, Volker Hans Vortisch, Aisha Mohamed Fahir, Edelbert Rothweiler, Monika Lüthje-Lenhardt, Kristin Frensch und Dr. Klaus-Helimar Rahn.

Bürgermeisterin Bodner bittet um zustimmende Handzeichen zur vorgeschlagenen Besetzung des Technik- und Umweltausschusses. **Sie stellt nach Zählung der Handzeichen eine einstimmige Zustimmung fest.**

Herr Kröner liest danach die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder des Umlegungsausschusses vor. Er macht darauf aufmerksam, dass dieser Ausschuss weniger und nur ganz gezielt im Einsatz sein wird. Als Mitglieder seien vorgeschlagen: Frank Hörter, Markus Rendes, Barbara Schaier, Andreas Gutgesell, Tilo Reeb, Volker Hans Vortisch, Aisha Mohamed Fahir, Edelbert Rothweiler, Monika Lüthje-Lenhardt, Kristin Frensch und Dr. Klaus-Helimar Rahn.

Bürgermeisterin Bodner bittet um zustimmende Handzeichen zur vorgeschlagenen Beset-



zung des Umlegungsausschusses. **Sie stellt nach Zählung der Handzeichen eine einstimmige Zustimmung fest.**

5. Bildung des Ältestenrates

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Kröner um den Sachvortrag.

Herr Kröner teilt mit, nach der Hauptsatzung der Gemeinde wird gemäß § 33 a Gemeindeordnung ein Ältestenrat gebildet, der die Bürgermeisterin in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderats berät. Die Sitze seien entsprechend der Stärke der Fraktionen im Gemeinderat zu besetzen, die Zahl der Mitglieder werde vom Gemeinderat bestimmt. Bisher habe die Regelung bestanden, dass die CDU-Fraktion als größte Fraktion zwei Sitze hat und alle anderen Fraktionen je einen Vertreter entsenden. Die Verwaltung habe auch hierzu die Vorschläge der Fraktionen eingeholt. Danach gebe es folgenden Besetzungsvorschlag: Achim Kirchenbauer (CDU), Markus Ringwald (CDU), Dagmar Elsenbusch (SPD), Monika Lühje-Lenhardt (Grüne) und Dr. Klaus-Helimar Rahn (ULiP).

Gemeinderätin Rothweiler teilt mit, sie stelle die angedachte Sitzverteilung im Ältestenrat in Frage, weil zwei Sitze für die CDU-Fraktion nicht mehr zeitgemäß seien. Nachdem die CDU nur noch bei um die 30 % Wähleranteil liege, sollte diese Fraktion auch nur einen Sitz im Ältestenrat haben. Sie stelle also den Antrag, wonach die CDU-Fraktion nur noch einen Sitz im Ältestenrat haben soll.

Bürgermeisterin Bodner stellt den Antrag von Gemeinderätin Rothweiler zur Abstimmung mit folgender Frage:

„Wer stimmt dem Antrag von Gemeinderätin Rothweiler zu, wonach die CDU-Fraktion nur noch einen Sitz im Ältestenrat haben soll?“

Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Herr Kröner stellt fest, dass damit jede Fraktion nur noch mit einem Sitz im Ältestenrat vertreten ist.

Gemeinderat Kirchenbauer beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung, die ihm Bürgermeisterin Bodner gewährt.

Nach einer kurzen Unterbrechung und Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit meldet sich **Gemeinderat Kirchenbauer** zu Wort. Er teilt mit, dass er für die CDU-Fraktion den Sitz im Ältestenrat einnehmen wird.

Herr Kröner gibt danach folgende Namen als ordentliche Mitglieder des Ältestenrats bekannt: Achim Kirchenbauer, Dagmar Elsenbusch, Monika Lühje-Lenhardt und Dr. Klaus-Helimar Rahn. Er macht noch darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat lediglich über die Zahl der Mitglieder entscheiden kann, die Namen der Vertreter seien von den Fraktionen zu nennen.

Bürgermeisterin Bodner stellt als Abschluss dieses Beratungspunktes die Frage, ob es weitere Wortmeldungen zur Besetzung des Ältestenrats gibt. Nachdem dies nicht der Fall ist stellt sie fest, dass vom Gemeinderat die namentliche Besetzung der Mitglieder des Ältestenrats zur Kenntnis genommen wird.



6. Benennung der Mitglieder für den Beirat für geheimzuhaltende Angelegenheiten

Herr Kröner teilt mit, dass der Beirat für geheimzuhaltende Angelegenheiten aufgrund der Größe der Gemeinde aus mindestens zwei Mitgliedern zu bestehen hat. Zuletzt habe dieses Gremium vor etwa zehn Jahren getagt. Der Verwaltung sei folgender Besetzungsvorschlag unterbreitet worden: Achim Kirchenbauer (CDU), Angelika Konstandin (SPD) und Edelbert Rothweiler (Grüne). Vorsitzende des Beirats sei die Bürgermeisterin, die ihn einberuft, sofern es die Geschäftslage erforderlich macht.

Bürgermeisterin Bodner stellt den Besetzungsvorschlag zur Abstimmung.

Einstimmig stimmt der Gemeinderat der vorgeschlagenen Besetzung des Beirats für geheimzuhaltende Angelegenheiten zu.

--	--

7. Wahl von Stellvertreter/innen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner verweist auf den zu Beginn der Sitzung geäußerten Wunsch, alle personenbezogenen Wahlen geheim durchzuführen. Die Verwaltung habe entsprechende Stimmzettel bereits vorbereitet.

Herr Kröner bittet um Vorschläge zur Besetzung der Stelle des ersten Bürgermeister-Stellvertreters. Der Verwaltung sei bekannt, dass von Seiten der CDU-Fraktion Gemeinderat Hörter vorgeschlagen wird.

Gemeinderat Kirchenbauer bestätigt dies. Die CDU-Fraktion schlage Herrn Hörter vor. Dieser habe bei der Kommunalwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt; zudem sei die CDU-Fraktion die stärkste Fraktion im Gemeinderat und habe die meisten Stimmen auf sich vereinigen können.

Herr Kröner stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge vorhanden sind und erklärt das Procedere.

In alphabetischer Reihenfolge wird jedes Gremiumsmitglied danach zur Wahl gerufen und erhält einen Stimmzettel.

Nach dem Abschluss der Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen durch Herrn Sturm und Herrn Müller gibt **Herr Kröner** das Wahlergebnis bekannt. Gewählt sei, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erreicht. Auf Herrn Hörter seien neun Stimmen entfallen, was also nicht ausreichend sei. Mindestens zwölf Stimmen seien für eine Wahl erforderlich. Die Gemeindeordnung sehe vor, dass ein zweiter Wahlgang stattzufinden hat, der frühestens eine Woche nach dem ersten Wahlgang stattfinden soll. Dies bedeute, dass auch in der heutigen Sitzung ein zweiter Wahlgang stattfinden könnte. Dies sowie die Wahl der weiteren Stellvertreter mache seiner Meinung nach in der heutigen Sitzung allerdings keinen Sinn.

Bürgermeisterin Bodner fügt hinzu, dass somit nur eine Vertagung der Entscheidung in Frage komme. Sie stellt fest, dass die Beratung und Entscheidung dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung im September vertagt wird.



8. Wahl der ehrenamtlichen Ortsvorsteher/innen und der Ortsvorsteher-Stellvertreter

- **Berghausen**
- **Kleinsteinbach**
- **Söllingen**
- **Wöschbach**

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Mitteilung der Verwaltung, dass bis auf Berghausen alle Ortschaftsräte Vorschläge zur Besetzung der Ortsvorsteherstellen und deren Vertreter eingereicht haben. Lediglich in Berghausen habe es noch keine Beratung im Ortschaftsrat gegeben. Diese Sitzung finde im September statt. Die Wahlen der Ortsvorsteher und der Stellvertreter seien in getrennten Wahlen vorzunehmen.

Herr Kröner macht darauf aufmerksam, dass der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen kann, weitere Bewerber aus der Mitte des Ortschaftsrats in die Wahl einzubeziehen. In diesem Fall sei aber der Ortschaftsrat vor der Wahl zu hören. Man wolle nun mit der Wahl beginnen. Für die Ortschaft Kleinsteinbach sei die bisherige Ortsvorsteherin Barbara Schaier zur Wahl vorgeschlagen worden.

Gemeinderätin Konstandin meldet sich zu Wort und gibt Erläuterungen zum Zustandekommen der Vorschläge aus dem Ortsteil Kleinsteinbach. Dies deshalb, weil es nach einem Bericht in den BNN im Dorf einige Irritationen und Gerüchte gegeben habe. Aus Sicht der SPD sei es ursprünglich so gedacht gewesen, dass man keinen eigenen Bewerber ins Rennen schicken und die bisherige Ortsvorsteherin unterstützen wollte. Usus sei es bisher gewesen, dass ein Vertreter der anderen Parteien Stellvertreter wird. Die SPD habe Ortschaftsrätin Hüttner als Stellvertreterin vorgeschlagen. Die CDU sei allerdings mit dieser Person nicht einverstanden gewesen und hätte lieber sie als Stellvertreterin gesehen. Für sie als Nachrückerin sei eine Wahl zur Stellvertreterin aber nicht in Frage gekommen. Weil danach ein weiterer CDU-Ortschaftsrat als Stellvertreter vorgeschlagen wurde, habe auch die SPD einen Vorschlag zur Wahl des Ortsvorstehers eingereicht. Diese Entwicklung habe sich in der Beratung quasi verselbständigt und nach dem Pressebericht in der Bevölkerung für Irritationen gesorgt, was sie zu dieser Erklärung veranlasse.

Bürgermeisterin Bodner leitet danach die Wahl der Ortsvorsteherin von Kleinsteinbach ein.

Herr Sturm ruft die Gemeinderatsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl.

Nach der Wahl verkündet **Herr Kröner** das Wahlergebnis. Frau Schaier habe 19 Stimmen erhalten und sei somit erneut als Ortsvorsteherin von Kleinsteinbach gewählt.

Ortsvorsteher Ortsteil Söllingen

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, der Ortschaftsrat Söllingen habe Herrn Reeb als Ortsvorsteher vorgeschlagen.

Wie zuvor werden die Gremiumsmitglieder von Herrn Sturm in alphabetischer Reihenfolge zur geheimen Wahl aufgerufen.

Nach der Wahl und Auszählung der Stimmen verkündet **Herr Kröner** das Wahlergebnis. Er teilt mit, dass Herr Reeb 19 Stimmen erhalten hat und damit zum Ortsvorsteher von Söllingen gewählt ist.

Ortsvorsteher Ortsteil Wöschbach

Bürgermeisterin Bodner gibt bekannt, dass der bisherige Ortsvorsteher Gebhard Oberle vom Ortschaftsrat Wöschbach zur Wahl als neuer Ortsvorsteher vorgeschlagen wurde.

Nach der geheimen Wahl verkündet sie das Wahlergebnis. Auf Herrn Oberle sind 18 Stimmen entfallen, er ist somit zum Ortsvorsteher von Wöschbach gewählt.



Bürgermeisterin Bodner leitet danach die Wahlen der Ortsvorsteher-Stellvertreter für die Ortsteile Kleinsteinbach, Söllingen und Wöschbach ein. In getrennten Wahlgängen werden folgende von den Ortschaftsräten vorgeschlagene Ortschaftsräte gewählt:

Ortsteil Kleinsteinbach: Christian Roßwag mit 15 Stimmen
Ortsteil Söllingen: Frank Hörter mit 16 Stimmen
Ortsteil Wöschbach: Thomas Vogt mit 21 Stimmen

9. Ernennung der neugewählten Ortsvorsteher/innen und Ortsvorsteher-Stellvertreter durch die Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner nimmt die Ernennung der neugewählten Ortsvorsteherin, der Ortsvorsteher und der Stellvertreter vor. Sie liest den Text der Ernennungsurkunden vor, bittet die Gewählten nach vorne, beglückwünscht sie zur Wahl und überreicht die Ernennungsurkunden.

10. Bürgermeisterwahl 2019 - Stellenausschreibung - Festsetzung des Endes der Einreichungsfrist(en) - Durchführung von Bewerbervorstellungen

Bürgermeisterin Bodner erklärt sich als Bewerberin in diesem Punkt für befähigt und übergibt den Vorsitz an Gemeinderätin Eisenbusch als ältestes Mitglied des Gemeinderats.

Gemeinderätin Eisenbusch übernimmt den Vorsitz. Sie verweist auf die diversen Informationen der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt und die vorgelegten Beschlussempfehlungen. Es gehe heute um den Ausschreibungstext, die Festlegung der Einreichungsfristen für die Bewerbungen und die Termine für die öffentlichen Bewerbervorstellungen. Sollte nur eine Bewerbung vorliegen, soll auch nur eine Veranstaltung am 21.10.2019 in Berghausen stattfinden.

Herr Kröner ergänzt, alle Fäden in dieser Sache würden beim Gemeindevwahlausschuss unter Vorsitz von Bürgermeister a.D. Roser zusammenlaufen. Der Ausschuss habe die Regularien für die Wahl bereits festgelegt und brauche den heute angeforderten Beschluss, um weiter tätig sein zu können. Die Stellenausschreibung werde man am 30.08.2019 im Staatsanzeiger Baden-Württemberg veröffentlichen, Wahltermin sei der 10. November. Das Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen wolle man auf Montag, den 14. Oktober festlegen, für einen etwaigen zweiten Wahlgang auf den 13.11.2019. Sofern mehr als eine Bewerbung eingehe, werde man ab dem 21.10.2019 in jedem Ortsteil eine Bewerbervorstellung in der Reihenfolge Berghausen, Kleinsteinbach, Söllingen und Wöschbach durchführen. Alle hierzu erforderlichen weiteren Entscheidungen habe man auf den Gemeindevwahlausschuss übertragen, der heutige Beschluss habe einen formalen Hintergrund.

Gemeinderätin Konstandin erkundigt sich nach den Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses.

Herr Kröner antwortet, dem Ausschuss gehören Bürgermeister a.D. Roser, Frau Holatka, Herr Niebel und weitere Mitglieder an. Es handle sich um die gleiche Besetzung wie bei den Kommunalwahlen.



Gemeinderätin Eisenbusch stellt danach die Beschlussempfehlungen der Verwaltung zur Abstimmung.

Einstimmig fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. **Der Ausschreibungstext für die Stellenausschreibung wird in der vorgelegten Formulierung bestätigt.**

Die Veröffentlichung wird in folgenden Medien erfolgen:

- Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 30. August 2019
- Mitteilungsblatt „Pfinztal aktuell“ am 05. September 2019
- Internet ab 30. August 2019

2. **Das Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen wird wie folgt festgelegt:**

Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen zur Hauptwahl (1. Wahlgang): Montag, 14. Oktober 2019, 18.00 Uhr (27. Tag vor der Wahl)

Ende der Einreichungsfrist bei einer etwaigen Neuwahl (2. Wahlgang): Mittwoch, 13. November 2019, 18.00 Uhr (dritter Tag nach der ersten Wahl)

3. **Öffentliche Bewerbervorstellungen finden wie folgt statt:**

- 21.10.2019, 19.00 Uhr - Ortsteil Berghausen, Pfinztalhalle
- 22.10.2019, 19.00 Uhr - Ortsteil Kleinsteinbach, Hagwaldhalle
- 24.10.2019, 19.00 Uhr - Ortsteil Söllingen, Räuchle-Halle
- 25.10.2019, 19.00 Uhr - Ortsteil Wöschbach, Mehrzweckhalle

Liegt nur eine Bewerbung vor, so findet eine Veranstaltung am 21.10.2019 in der Pfinztalhalle Berghausen statt.

Die Organisation und die Festlegung der Regularien der Bewerbervorstellungen werden dem Gemeindevwahlausschuss übertragen. Ebenso die Terminierung von Bewerber-vorstellungen bei einer eventuellen Neuwahl bei Vorliegen neuer Bewerbungen.

11. Investitionszuschuss Einsatzfahrzeug DRK Söllingen -Beratung und Beschluss-

Bürgermeisterin Bodner informiert mit Verweis auf die Verwaltungsvorlage vom Antrag des DRK-Ortsvereins Söllingen auf Bezuschussung des Kaufs eines zweiten Fahrzeugs für die Notfallhilfe. Die Anschaffung sei erforderlich, um nach der Schließung des Bahnübergangs Söllingen den dadurch entstehenden erheblichen Zeitverlust ausgleichen zu können. Das Fahrzeug soll auf der Nordseite der Bahnlinie stationiert werden. Es würde sich um ein gebrauchtes Fahrzeug handeln und 12 000 € kosten. Hinzukommen würden nochmals 3 000 € für die Anschaffung eines Defibrillators, so dass sich die Gesamtkosten auf 15 000 € summieren. Nach den Vereinsförderrichtlinien erhalten die DRK-Ortsvereine einen Zuschuss von 30 %. Dieser würde sich auf einen Betrag von 4.500 € belaufen. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Zuschuss zu gewähren.

Gemeinderätin Konstandin hat verschiedene Fragen zum Sachverhalt. Wenn man das Antragsschreiben genau durchlese müsse man feststellen, dass der DRK-Ortsverein überhaupt keinen Antrag an die Gemeinde stellt. Im Schreiben heiße es nämlich: möchte ich die Frage stellen, ob die Gemeinde eine Möglichkeit der Kostenübernahme durch den Bauträger (Beseitigung BÜ Söllingen) sieht und ob man dies in einem Gespräch mit diesem klären könnte. Sie gehe also davon aus, dass das DRK keinen Antrag an die Gemeinde gestellt hat. Bauträger sei nach Mitteilung von Herrn Knobloch natürlich die Gemeinde. Inhaltlich sei zum Antrag zu sagen, dass die Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde den Vereinen bekannt sind. Für Hilfsorganisationen wie das DRK gewähre man ausnahmsweise eine erhöhte Förderung von 30 % der Investitionskosten. Die Frage stelle sich für sie, ob man von dieser Ausnahme nochmals eine Ausnahme machen möchte, um den Wunsch auf eine gesamte Kostenübernahme zu erfüllen. Ein weiterer Aspekt betreffe die erforderliche Zeit, um auf die andere Bahnseite gelangen zu können. Momentan sei die Schranke häufig länger zu, als der Umweg



über die Nordumgehung auf die andere Bahnseite dauere. Die Frage habe sich in ihrer Fraktion gestellt, ob bei einer Stationierung des Fahrzeugs auf der Nordseite der Bahnlinie überhaupt immer ein Fahrer parat ist, der das Fahrzeug zum Einsatz bringt. Im Blick auf diese ungeklärten Fragen tendiere ihre Fraktion eher zu einem Nein. Zuerst sollte aber die Frage beantwortet werden, ob das DRK von der Gemeinde überhaupt etwas haben möchte.

Herr Sturm kann aufklären, dass es sich tatsächlich um einen Zuschussantrag handelt, der tatsächlich etwas schlecht formuliert sei. Der Antrag sei persönlich in der Verwaltung abgegeben worden, dabei habe man die Fakten mit dem möglichen Zuschuss von 30 % dargelegt.

Gemeinderätin Konstandin lässt wissen, die SPD spreche sich für den üblichen Zuschuss von 30 % aus.

Gemeinderat Schwarz teilt mit, die Fraktion der Grünen sehe es ähnlich wie die SPD. Das Fahrzeug, das angeschafft werden soll, habe bereits eine Laufleistung von 300.000 Kilometern, weshalb Folgekosten zu erwarten sind. Die Frage stelle sich, ob geprüft wurde, das erste Fahrzeug eventuell umzupositionieren, um dadurch den Zeitverlust auszugleichen. Die Fraktion der Grünen werde aber den Vorschlag zur Bezuschussung in Höhe von 30 % der Investitionskosten mittragen.

Gemeinderat Hörter meint, das DRK könne das Fahrzeug zu einem sehr günstigen Preis erwerben. Der Umbau eines Fahrzeuges in ein Notfallfahrzeug sei die teuerste Investition, der Austausch eines Motors vergleichsweise günstig. Da das Fahrzeug bereits umgebaut ist, handle es sich um einen günstigen Anschaffungspreis.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**:

„Wer stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu, die Anschaffung eines zweiten Fahrzeugs für die Notfallhilfe durch das DRK Söllingen mit einem Betrag in Höhe von 4.500 € zu bezuschussen?“

Abstimmung: **Einstimmige Zustimmung**

**12. Herstellung einer geordneten Außengebietsentwässerung im Bereich Bildungszentrum/Sportplätze Berghausen
Neuprofilierung des Horster Grabens (Erdprofil) zwischen K 3541 und Einlauf in die Verdolung**

Bürgermeisterin Bodner leitet mit der Feststellung in die Beratung ein, dass es sich bei dem zu beratenden Punkt um ein spannendes und langwieriges Thema handelt. Im Rahmen der Außengebietsentwässerung gehe es nun um die Neuprofilierung des Horster Grabens zwischen der Kreisstraße und dem Einlauf des Grabens in die Verdolung. Die Verwaltung wolle vom Gemeinderat den Beschluss haben, dass die hierfür benötigten Geldmittel in Höhe von 320.000 € im kommenden Haushalt 2020 bereitgestellt werden. Sie bittet Herrn Knobloch um weitere Erläuterungen.

Herr Knobloch erklärt, die Profilierung des Horster Grabens sei eigentlich erst im Jahr 2021 geplant gewesen. Allerdings sei es der beauftragten Firma möglich, die bisherige Baumaßnahme innerhalb von 14 Monaten über die Bühne zu bringen, obwohl ursprünglich von zwei Jahren ausgegangen worden war. Die Profilierung könne man nun vorziehen. Denn niemand würde es verstehen, wenn dies erst 2021 gemacht würde, obwohl die Kanäle bereits fertiggestellt sind, und im nächsten Jahr ein Starkregen eventuell zu Überschwemmungen führt,



weil der Anschluss noch nicht hergestellt ist. Weil man nur in den Wintermonaten in den Bewuchs eingreifen darf wäre es gut, wenn die Verwaltung die Arbeiten zeitnah ausschreiben könnte. Zu erwähnen sei, dass die gesamten Baukosten dadurch nicht verteuert werden. Den ersten Bauabschnitt vom Bildungszentrum bis zur Pfinz habe man mit einer Einsparung von etwa 40.000 € abgerechnet. Die Verwaltung brauche nun Klarheit, ob die Neuprofilierung ausgeschrieben werden und das im Wege stehende Gehölz im Winter entfernt werden kann. Ergänzend weist er darauf hin, dass die Verwaltung im Zuge der Fahrbahnerneuerung der Kreisstraße vor zwei oder drei Jahren bereits ein zusätzliches zweites Rohr in der Straße verlegen ließ, so dass die Straße jetzt nicht mehr aufgebrochen werden muss.

Gemeinderätin Eisenbusch bezeichnet die Neuprofilierung als sinnvolle Maßnahme, der ihre Fraktion zustimmen wird, zumal die Realisierung schneller geht als geplant. Sie weist allerdings darauf hin, dass der Haushalt 2020 im Voraus bereits mit einigen Maßnahmen bepackt wurde, sodass der Handlungsspielraum immer kleiner und nicht mehr viel zu beraten sein wird.

Bürgermeisterin Bodner meint, dem Gremium sei von Anfang an bewusst gewesen, dass es sich um ein wichtiges Infrastrukturprojekt handelt und man auch Mehrkosten hätte in Kauf nehmen müssen.

Gemeinderat Rothweiler ist der Auffassung, dass die Maßnahme umgesetzt werden muss. Er sehe die Gefahr, dass quasi ein Nadelöhr beim Übergang vom Horster Graben in die Kanalisation entsteht. Wenn hier nicht sauber geschafft wird und dies nicht funktioniert, werde die Bebauung wieder überschwemmt. Er weist darauf hin, dass nach den übersandten Unterlagen der Einbau eines wasserdurchlässigen Betons vorgesehen ist. Im Blick auf ökologische Aspekte bitte er hierzu um Erläuterung, denn eine Betonwanne wolle niemand haben. Die Neuprofilierung des Horster Grabens sollte unter ökologischen Aspekten gemacht werden und Sinn machen.

Herr Knobloch gibt die gewünschten Antworten. Zunächst weist er darauf hin, dass im Bereich der geplanten Neuprofilierung ein Ökobauer beheimatet ist, von dem die Baumaßnahme begrüßt wird. Rechtliche Grundlage dafür sei ein Planfeststellungsbeschluss. Im Rechtsverfahren hierzu seien alle maßgeblichen Verbände eingeschaltet gewesen und sämtliche Aspekte abgewogen und bedacht worden, also auch die ökologischen Belange. Tatsächlich sollen bei der Neuprofilierung Flussbausteine eingebaut werden, die bei Erforderlichkeit in ein Betonbett aus wasserdurchlässigem Beton zu legen sind, damit sie nicht fortgeschwemmt werden. Zum Abschluss erfolge selbstverständlich auch eine Neubepflanzung.

Gemeinderat Ringwald meint, in das Planfeststellungsverfahren seien viele Experten und Ökologen einbezogen und eingebunden gewesen, weshalb man davon ausgehe, dass die ökologischen Aspekte eingearbeitet sind. Er könne auf jeden Fall die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Ausschreibung und Mittelbereitstellung signalisieren.

Gemeinderätin Möller erklärt, die ULiP halte die Maßnahme für notwendig, man sei froh, dass sie schneller als geplant realisiert wurde. Insofern werde die ULiP dem Vorschlag der Verwaltung ebenfalls zustimmen.

Herr Knobloch macht darauf aufmerksam, dass die Gemeinde für den Bereich, wo die Kanäle verlegt wurden, einen Zuschuss von 70 % erhält.

Bürgermeisterin Bodner lässt danach über den Verwaltungsantrag abstimmen. Sie stellt folgende **Abstimmungsfrage**:

„Wer ist dafür, dass die Arbeiten für die Neuprofilierung des Horster Grabens mit ökologischer Bepflanzung in diesem Jahr noch ausgeschrieben werden können? Gleich-



zeitig bestätigt der Gemeinderat, dass er den dafür notwendigen Betrag in Höhe von 320.000 € im Haushalt 2020 bereitstellt.“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

**13. Klimaoffensive Pfinztal
- Antrag der Gemeinderatsfraktionen zur Bekämpfung der Klimakrise eine
Klimaoffensive zu starten**

Bürgermeisterin Bodner erklärt, bei der Verwaltung sei ein Antrag der Zählgemeinschaft Grüne/Linke, der SPD-Fraktion und der Fraktion der ULiP zur Bekämpfung der Klimakrise in der Gemeinde Pfinztal mit konkreten Handlungs-empfehlungen eingegangen. Sie bittet Gemeinderätin Lüthje-Lenhard als Mitverfasserin um weitergehende Erläuterungen.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhard beginnt mit folgendem hintergründigen Dialog: Treffen sich zwei Planeten. Sagt der eine: „Hallo Erde, wie geht es dir?“ Antwortet die Erde: „Mir geht es ganz schlecht. Ich habe Menschen.“ „Oh“, tröstet der erste Planet, „mach dir nichts draus, das geht vorbei.“ Das Problem seien tatsächlich die Menschen, die sich selber das Leben auf dem Planeten schwer machen. Tatsächlich sehe man eine reale Gefahr für die Erde. Die berühmte Greta Thunberg habe es so ausgedrückt: i dont won't you to be hopeful, i want you to be panic! Beispielhaft weist sie darauf hin, dass wenn man jetzt die Klimaanlage im Selmnitzsaal ausschalten würde, wahrscheinlich viele ein beklemmendes Gefühl bekommen oder sogar in Panik geraten würden. Die Klimasituation halte man für eine ernste Sache, sie spreche sogar von einer Notsituation. Es gehe nicht darum, in einen blinden Aktionismus zu verfallen, aber auch keine bloße Symbolpolitik zu betreiben. Der eingereichte Antrag sei angelehnt an die Ausrufung des Klimanotstands in Konstanz und soll als ein Rahmen verstanden werden, an den man sich halten will. Nicht blind, sondern bewusst, systematisch, pragmatisch und nachhaltig. Der Wunsch der Antragsteller sei es, dass der Antrag von allen Fraktionen im Gemeinderat unterstützt und mitgetragen wird. Um dies zu ermöglichen, habe man auf den ursprünglich gewählten Begriff „Klimanotstand“ verzichtet und sich mit dem von Herrn Kröner vorgeschlagenen Begriff „Klimaoffensive“ einverstanden erklärt. Dieser Begriff sei besser und verdeutliche die Erkenntnis, dass etwas zu tun ist und man daran arbeite. Dabei gehe es nicht darum, Verbote auszusprechen und andere zu verprellen. Man sei sogar davon überzeugt, dass die Gesellschaft schon weiter ist als die Politik und bereit sei für Veränderungen unter dem Motto: Wenn nicht jetzt, wann dann? Man sehe Pfinztal in einer Reihe mit Kommunen, die sich hier schon bewusst engagieren wie Konstanz, Bühl und Karlsruhe. Ziel des Antrags sei es, in Pfinztal in den nächsten fünf Jahren einen Perspektivwechsel durchzuführen und einen klimafreundlichen Transformationsprozess einzuleiten und durchzuführen. Dies soll so aussehen, dass alles, was beraten und beschlossen wird, unter dem Fokus des Klimaschutzes und der Auswirkungen auf das Klima geschieht. Hierfür wolle man ein Konzept entwickeln und einen Klimaausschuss einrichten, der mit Fachleuten besetzt ist. Die geplanten Maßnahmen sollen künftig konzeptionell und auf unterschiedlichen Niveaustufen geprüft werden. Themenbereiche seien beispielsweise „Mobilität und Verkehr“, „Energiemanagement“, „Versiegelung“, „Flächenmanagement“, „Bebauungspläne“ etc. Sie stellt fest, dass die Gemeinde unter diesem Aspekt bereits viel unternommen und viele Maßnahmen realisiert hat. Diese Initiative gelte es aber aufrecht zu erhalten, einen Rahmen hierfür zu schaffen und weiterzuführen. Beispielsweise gebe es Möglichkeiten im Fuhrpark, es könnten Förderprogramme entwickelt und positive Anreize für die Bevölkerung gesetzt werden. Es sollen aber keine kurzfristigen, sondern nachhaltige Maßnahmen sein, um den CO₂-Ausstoß zu begrenzen. Vorstellen könne man sich beispielsweise die Aufforstung von Brachflächen, den Erhalt von Kaltluftzonen, aber auch das Herstellen von Haltestellen für Mitfahrgelegen-



heiten. Keine Idee sei zu doof, um nicht geprüft zu werden. Man wolle informieren und motivieren anstatt zu erziehen. Vorstellbar sei auch eine Rubrik „Klimaschutz“ im Amtsblatt mit Vorschlägen und Ideen. Man brauche hierfür eine fachlich unterstützte Klausurtagung des Gemeinderats mit dem Ziel, dieses Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Wichtig sei es auch, regelmäßige Evaluierungen vorzunehmen, was die beschlossenen Maßnahmen bewirkt haben. Sie bittet darum, den konkreten Antrag vorzulesen.

Bürgermeisterin Bodner kommt dieser Bitte nach und liest den Antrag, der Bestandteil der Verwaltungsvorlage ist, vor.

Gemeinderätin Eisenbusch erklärt, Gemeinderätin Lühje-Lenhardt habe bereits alles gesagt. Die SPD-Fraktion unterstütze natürlich diesen Antrag. Ihren Fokus wolle sie jetzt aber auf einen anderen Punkt legen. Es sei ihr ein Anliegen deutlich zu machen, dass es sich bei diesem Antrag nicht um eine momentane Modeerscheinung oder Anpassung an den Zeitgeist handelt, wo jeder im Blick auf den Klimanotstand etwas unternehmen möchte, weil alle das machen. Die Gemeinde Pfinztal sei im Landkreis tatsächlich ein Vorreiter in diesem Thema in den ersten Jahren gewesen, man habe bereits mehrere Projekte realisiert wie die Hackschnitzelheizungen, Photovoltaikanlagen oder das Wasserkraftwerk. Damals hätten nur wenige andere Kommunen vergleichbare Anstrengungen unternommen. Ihre Fraktion wolle mit dem Antrag eine Verstärkung dieses Gedankens erreichen. Es dürfe nicht der Gedanke aufkommen zu sagen, dass man schon viel gemacht hat und jetzt kürzer treten kann. Ziel müsse es sein, noch intensiver an diesem Thema zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund unterstütze man gerne das Anliegen, um auch ein Signal nach außen zu setzen. Gemeinsam sollte man intensiv überlegen, wie man bei diesem Thema weitermacht.

Gemeinderat Kirchenbauer macht deutlich, man lebe in einer Welt, die es zu erhalten und zu schützen gelte. Nur dadurch könne man den nachfolgenden Generationen noch eine lebenswerte Welt überlassen bzw. übergeben. Er halte den Klimawandel für eine Bedrohung, die weltweit unterschätzt wird, trotz der steigenden Unwetter- und Hitzephasen. Auch in dieser Woche werde man in Deutschland wieder die 40 Grad-Marke knacken, ein deutliches Zeichen für die Erderwärmung. In Europa habe man die Zeichen der Zeit erkannt und Klimaziele beschlossen; bis zum Jahr 2050 will man eine Klimaneutralität schaffen. In Amerika und China werde leider dahingehend noch keine Anstrengung unternommen. In Amerika gebe es einen Präsidenten, der den Klimawandel nicht anerkennen will und nicht bereit ist, dagegen etwas zu unternehmen. In Pfinztal dürfe man nicht die Hände in den Schoß legen, sondern man habe sich zu fragen, was noch getan werden kann. Sicherlich könne Pfinztal einen lokalen Beitrag leisten. Seine Fraktion unterstütze den eingebrachten Antrag und habe zu keinem Zeitpunkt inhaltliche Probleme gesehen. Mit dem Begriff „Klimanotstand“ habe man sich allerdings nicht einverstanden erklärt. Der Begriff „Klimaoffensive“ sei ein Arbeitstitel, unter dem seine Fraktion ihren Teil beitragen möchte. Dem Gremium zeigt er eine hölzerne Pyramide; sie stehe für die Tatsache, dass durch einen Kubikmeter Rundholz ca. 915 kg schädliches CO₂ aus der Atmosphäre gezogen wird. Die Pyramide stelle den Holzzuwachs im Staats- und Stadtwald Karlsruhe in einer Sekunde dar. In Europa müsse man vor diesem Hintergrund neue Wälder aufforsten, damit dadurch das CO₂ gebunden werden kann.

Gemeinderat Dr. Rahn macht deutlich, er könne sich den Ausführungen seiner Vorredner voll und ganz anschließen. Den Klimawandel erkenne man nicht nur an den gestiegenen Temperaturen, sondern auch an den Trockenschäden in den Wäldern. Diese Trockenschäden seien vergleichbar mit dem Waldsterben in den 1970er-Jahren. Damals habe man die Schwefeldioxidemissionen aus den Kraftwerken durch den Einbau von Filtern reduziert. Heute stehe man vor dem Problem, nicht nur die CO₂-Emissionen reduzieren zu müssen, sondern auch die Wälder zu erhalten. Er appelliere an das Gremium, dieses Thema in der täglichen Gemeinderatsarbeit ernst zu nehmen.



Gemeinderätin Lüthje-Lenhard bedankt sich dafür, dass sich eine vollständige Unterstützung des Gremiums abzeichnet. Nachdem der Vertreter der BNN die Sitzung bereits verlassen hat sei es ihr ein Anliegen, die heutige Entscheidung der Presse zukommen zu lassen.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass aus der Beratung eine einstimmige Zustimmung zum eingereichten Antrag herauszuhören war. Insofern stelle sie die **Abstimmungsfrage, ob sich jemand gegen die Zustimmung zum eingereichten Antrag ausspricht.**

Sie stellt fest, dass es keine Handzeichen gibt und somit einstimmig den im Antrag „Klimaoffensive Pfinztal“ aufgeführten Maßnahmen und Vorschlägen zugestimmt wird.

14. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage mit einer Auflistung von wenigen Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 25.06.2019. Diese Beschlüsse seien nach der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bekanntzugeben. Sie verzichtet auf ein nochmaliges Vorlesen und erklärt, nachdem es keine Wortmeldungen hierzu gibt, die Beschlüsse als bekanntgegeben.

15. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, die Gremiumsmitglieder würden von der Verwaltung während der Sommerpause eine Information mit allen anstehenden wichtigen Terminen erhalten.

Herr Sturm ergänzt, im Blick auf eine Informationsveranstaltung für das Gremium zum neuen kommunalen Haushaltsrecht habe man Samstag, den 19.10.2019 in den Blick genommen. Er bitte das Gremium, sich diesen Termin vorzumerken.

16. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Lüthje-Lenhard bittet im Blick auf die anstehenden Änderungen der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Gemeinderats darum, in diesem Prozess auch die gendergerechte Sprache einzuführen. Den Frauen im Gemeinderat sei dies wichtig. Weiter bittet sie darum, die Aufgaben des neu benannten Technik- und Umweltausschusses zu definieren und eventuell auch neue Aufgabenstellungen hinzuzufügen. Schließlich teilt sie noch mit, die Grünen hätten den Wunsch, dass wieder ein Kulturausschuss oder ein Kulturkomitee eingerichtet wird. Dieses sollte aber nicht nach dem Proporz der im Gemeinderat vertretenen Parteien besetzt werden, sondern mit Menschen, denen dieses Thema ein Anliegen ist und die kreativ sind. Dieses Gremium sollte Vorschläge ausarbeiten für die Entscheidung im Gemeinderat.

Gemeinderätin Eisenbusch teilt mit, für die Septembersitzung wolle sie zwei Anträge einreichen, weil sie haushaltsrelevant sind. Erstens beantrage die SPD-Fraktion die Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf die Grundschulen Pfinztals. Bisher habe man diese Arbeit lediglich an der Grundschule Berghausen, was nicht ausreichend sei. Auch Söllingen, Klein-



steinbach und Wöschbach sollten dies erhalten, weil die Probleme in der Schülerschaft zunehmen. Momentan gebe es eine gute Gelegenheit, weil eine bestehende Teilzeitstelle gerne auf einhundert Prozent Arbeitszeit aufstocken möchte. Beim zweiten Antrag gehe es um die Beschaffung und Anmietung von bezahlbarem Wohnraum. Als Beispiel gebe es ein sehr gutes Karlsruher Modell mit der Bezeichnung „Wohnraumaquise durch Kooperation“, an dem man sich orientieren könne. Viele Punkte aus diesem Modell könnten auf Pfinztal übertragen werden, weil es mittlerweile unmöglich sei, in Pfinztal bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wenn dies auf dem privaten Markt nicht funktioniere, müsse sich in gewisser Weise die Gemeinde darum kümmern. Weiter habe man die Kenntnis, dass die Umwelt- und Energieagentur des Landkreises ein Netzwerk der kommunalen Energiemanager einrichten will. Man habe die Bitte an die Verwaltung, dass der Pfinztaler Energiemanager als Teilnehmer offiziell gemeldet wird.

Zu dem von Herrn Sturm genannten Termin teilt **Gemeinderätin Konstandin** mit, dass drei Mitglieder ihrer Fraktion am 19.10.2019 verhindert sind.

17. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Gehrman meldet sich mit Fragen zur „Klimaoffensive Pfinztal“ zu Wort. Ihm sei der Klimaschutz ein Anliegen, er habe seine persönliche Ökobilanz bereits ausgerechnet. Nach wie vor beheize er sein Haus mit einer Ölheizung, die künftig mit einer CO₂-Steuer bepreist werden soll. Im Amtsblatt „Pfinztal aktuell“ habe er die Aufforderung der Verwaltung gelesen, Urlaubsbilder rund um den Globus bei der Gemeinde einzureichen. Dies halte er für einen Widerspruch zur Klimaoffensive. Er frage sich, wie lange noch dieser Widerspruch protegiert werden soll. Er frage sich, ob man beispielsweise eher an die Bereitschaft appellieren sollte, an Silvester das Feuerwerk einzustellen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor; Bürgermeisterin Bodner beendet daraufhin die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Bürgermeisterin
Nicola Bodner

Gemeinderat Reeb

Roland Härer

Gemeinderat Rendes